

Postulat Fraktion GFL/EVP (Ueli Stückelberger, GFL): Grundlagenbericht zur Rückführung der StaBe in die Stadtverwaltung erarbeiten

In dem am Stadtrat am 15. Februar 2007 vorgestellten Bericht „Auslagerungen öffentlicher Aufgaben – Kompetenzverteilung zwischen Stadtrat, Gemeinderat und Verwaltungsträgern (BERNMOBIL, ewb, Stadtbauten Bern [StaBe])“ macht das Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern diverse Empfehlungen, die nun von der BAK geprüft werden. Eine Empfehlung betreffend die StaBe betrifft die nähere Prüfung der Rückführung der StaBe in die Zentralverwaltung.

Mit dieser Empfehlung wird ein breites Missbehagen unter diversen Stadtratsmitgliedern und städtischen Angestellten nun auch von unabhängiger Seite thematisiert: So ist die Stellung der StaBe zu den verschiedenen Behörden (Gemeinderat und Stadtrat) schon länger problematisch, geht es doch bei den Stadtbauten öfters auch um wichtige politische Fragen. Diese Situation erzeugt viele Reibungsflächen. Hinzu kommt das Spannungsverhältnis, das sich aus der Stadt als Eigentümerin und der Stadt als Kundin ergibt¹. Auch Teile des Gemeinderates sind offenbar mit diversen Punkten der StaBe unzufrieden². Die Unterzeichnenden vermuten deshalb, dass nur wenige Personen mit der heutigen StaBe wirklich glücklich sind. Weiter zu berücksichtigen ist, dass die Auslagerung der StaBe primär [wenn nicht einzig] wegen abschreibungstechnischen Gründen³ beschlossen wurde, nun sich aber dieser abschreibungstechnische Vorteil von Jahr zu Jahr reduziert. Wohl unbestritten dürfte sein, dass aus rein unternehmerischen Gründen eine über die Zentralverwaltung hinausgehende Autonomie der StaBe nicht angezeigt ist. Dies zeigt z.B. das Tiefbauamt, das als Teil der Zentralverwaltung nach unternehmerischen Grundsätzen gut geführt wird.

Zudem zu berücksichtigen ist, dass die StaBe – im Gegensatz zu BERNMOBIL und ewb – kaum am Markt tätig ist⁴ und primär – wie erwähnt – wegen abschreibungstechnischen Gründen vorgenommen wurde. Die Situation der StaBe ist somit mit BERNMOBIL und dem ewb nicht zu vergleichen.

Aus all diesen Gründen drängt sich nun eine grundsätzliche und unvoreingenommene Neubeurteilung betr. Fortbestandes der StaBe auf. Dabei ist offen zu prüfen, welche Vor- und Nachteile bei einer Rückführung entstünden. Ebenfalls sind sich Gedanken über den geeigneten Zeitpunkt einer solchen Rückführung zu machen. Der mit diesem Vorstoss geforderte Bericht soll Grundlage bilden, damit nachher der Stadtrat sich eine fundierte Meinung betreffend den Grundsatzentscheid der Rückführung bilden kann.

¹ vgl. Seite 73 des erwähnten Berichts

² vgl. Seite 44 und 73 des erwähnten Berichts

³ vgl. Seite 73 des erwähnten Berichts

⁴ vgl. Seite 43 des erwähnten Berichts

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, dem Stadtrat einen Bericht zu unterbreiten, in dem aufgezeigt wird,

1. welche Massnahmen für eine Rückführung der StaBe in die Stadtverwaltung ergriffen werden müssten,
2. welche Konsequenzen eine solche Rückführung für die Stadt hätte und
3. auf welchen Zeitpunkt der Gemeinderat eine Rückführung als sinnvoll erachtet.

Bern, 22. Februar 2007

Postulat Fraktion GFL/EVP (Ueli Stückelberger, GFL), Anna Magdalena Linder, Peter Künzler, Susanne Elsener, Gabriela Bader Rohner, Rania Bahnan Büechi, Conradin Conzetti, Nadia Omar, Martin Trachsel

Antwort des Gemeinderats

Seit ihrer Gründung haben sich die Stadtbauten Bern (StaBe) aus Sicht des Gemeinderats in eine positive Richtung entwickelt. Der Aufbau einer komplexen Organisation, wie es die StaBe sind, braucht Zeit. Auch heute sind die StaBe in Teilbereichen noch nicht dort, wo sie eigentlich hinsollten. Zu bedenken ist, dass der Ausgliederung der Stadtbauten Bern in eine Gemeindeunternehmung die Volksabstimmung vom 24. November 2002 vorausgegangen ist, und dass das Stadtbautenreglement erst per 1. Januar 2003 in Kraft getreten ist. Mit einer allfälligen Rückführung würden relativ junge politische Entscheide bereits wieder in Frage gestellt.

Insgesamt scheint es dem Gemeinderat, nicht zuletzt mit Blick auf die zu erwartenden Transaktionskosten, verfrüht, die StaBe bereits heute wieder grundsätzlich in Frage zu stellen. Dennoch hat der Gemeinderat Verständnis dafür, dass aufgrund des im Postulat erwähnten KPM Berichts zur Auslagerung öffentlicher Aufgaben vom 21. November 2006 ein grosses Informationsbedürfnis im Stadtrat bezüglich der StaBe besteht. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen und den geforderten Bericht zu unterbreiten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 22. August 2007

Der Gemeinderat